

Diesen Glauben hat Herr Professor von Rubille preisgegeben. Allerdings! Und er tat gut daran.

Der Kieselgeist eines Denisse hat am Ende seines berühmten Werkes die Parole in die Welt hinausgerufen: „Zurück zur Kirche!“

Rubille hat den Ruf verstanden, angenommen und weitergegeben: „Zurück zur heiligen Kirche!“

Seine ehemaligen Glaubensgenossen aber hören und sehen nichts, zu weit entfernt von der Wahrheit, geht für sie das Warnungssignal unter im Sturme eines tobenden Meeres von Irr- und Unglauben.

Das stolze Schiff der „Reformation“, das mit tausend Masten hinausfuhr auf die hohe See, die unheilvolle Bahn zu laufen, die Luther ihm gewiesen, wird, von Meer zu Meer getrieben, mit zerrissenen Segeln und zersplitterten Masten sich neigen, sinken und endlich zerschellen am Granitfelsen der einen, heiligen und ewigen Kirche Jesu Christi.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag hatte sich am Freitag mit der Interpellation der Sozialdemokraten betreffend die Wahlrechtsdemonstration zu befassen. Der Begründung der Anfrage durch den Abg. Ledebour folgte eine Antwort des Staatssekretärs Delbrück, der dem Vizepräsidenten recht gab. Die Redner aus dem Hause waren alle — bis auf den Abg. Müller-Reinigen (Fr. Vpt.) — darin einig, daß diese Wahlrechtsdemonstrationen zu verwerfen sind. Nach der Besprechung der Anfrage wurde die Beratung des Postetats fortgesetzt. Eine größere Debatte entstand nicht mehr; es wurden nur noch Einzel- und Spezialwünsche vorgetragen und der Etat verabschiedet.

k. Berlin, Sitzung vom 11. März 1910.

Auf der Tagesordnung steht die sozialdemokratische Interpellation über das Verbot der Wahlrechtsdemonstration in Berlin. Staatssekretär Delbrück erklärt sich bereit, die Anfrage sofort zu beantworten.

Abg. Ledebour (Soz.) begründet die Anfrage. War wo die Polizei eingegriffen, um es zu verhindern? Herr v. Jagow will: aber solche provokationen, damit Menschen verlegt werden. (Obso!) Das Verbot erfolgte rechtswidrig. Das Volk läßt sich diese Behandlung nicht mehr gefallen. Die Regierung selbst untergräbt die Autorität des heiligen Regimes. Wenn die Regierung so fortfährt, wird und muß der Zusammenbruch kommen, die Volkswirtschaft wird weitergehen und andere Ziele sich setzen. Dann wird noch ganz anderes historisches Geschehen in die Kammer kommen. (Beifall links.)

Staatssekretär Delbrück: Zwei Fragen stehen zur Beantwortung: 1. hat der Vizepräsident das Reichsverbotsgesetz verlegt? 2. Was gedenkt man der Reichskanzler zu tun? Der Reichskanzler kann legheres nur durch die Zentralinstanz der Bundesstaaten tun, einen direkten Einfluß hat er nicht. Für den Exekutivpart wurde eine Genehmigung nicht nachgeschickt und der Part kann gelindert. Ob der Vizepräsident nach dem Gesetz berechtigt war, die öffentlichen Versammlungen zu untersagen, wird untersucht. Das Verbot der Versammlungen ist anhängig und wird durch alle Instanzen getrieben werden. Aber das Endurteil muß ich erst abwarten. Die Polizei hat nur zu fragen, ob eine Befehlsgebung der Sicherheit zu befürchten ist oder nicht. Dabei spielt das subjektive Empfinden eine starke Rolle, aber eine Reihe von Gründen liegen vor, die dieses subjektive Empfinden unterstützen. Der Zweck der Versammlung darf allein nicht zum Verbot sein, aber eine Reihe von Begleiterscheinungen sind zu prüfen und zu beachten. So hat ein Teil der Polizeibehörden Demonstrationen genehmigt, ein Teil verweigert. Jüngst liegt keine Veranlassung vor, gegen das Verhalten der preussischen Behörden aufzutreten. Das Verbot der öffentlichen Versammlung ist durch den „Spaziergang“ umgangen worden und darum mußte eingeschritten werden. Der Gang der Dinge hat dem Vizepräsidenten recht gegeben. Ich bin am Sonntag auch im Tiergarten gewesen. (Bravo! links. Stürmische Heiterkeit.) Aber ich habe gesehen, daß es sich doch um einen Aufzug gehandelt hat! Die Leute wollten sich im Tiergarten nicht nur an dem schönen Wetter erfreuen. Nach den Landesgesetzen mußte dann die Polizei einschreiten. Ob einzelne Polizeivorgänge richtig handelten, kann hier nicht untersucht werden. Wenn Frauen und Kinder durch das Eingreifen der Polizei geschädigt wurden, so ist das zu beklagen: die Polizei kann auch einmal die Verantwortung für solche Vorfälle nicht der leitende Staatsmann verantwortlich, sondern jene, die ohne Genehmigung solche Veranstaltungen treffen. (Beifall.)

Auf Antrag des Abgeordneten W e b e l findet die Besprechung der Anfrage statt.

Abg. Freiherr v. Hertling (Zentr.) geht nur auf die Besprechung des Wortlautes der Anfrage ein. Das Zentrum hält daran fest, daß das Verbot der Aufzüge nur dann erfolgen darf, wenn Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht. Die Entscheidung muß dabei von Fall zu Fall erfolgen und ist auch so erfolgt. Wenn 2000 Menschen aufmarschieren, dann ist eine Gefahr da; an die politische Weichheiten reihen sich in Großstädten zu leicht jene an, die Mord machen wollen. (Sehr richtig!) Dann erfolgen Demonstrationen. Das läßt sich nicht verhindern. Auf Worte folgen dann Taten. Die Entscheidung der Behörde kann angefochten werden. Das Verwaltungsstreitverfahren muß entscheiden. In einem solchen Zustand kann der Reichstag nicht entscheiden. (Beifall im Zentrum! Lärm links.)

Abg. Fr. Junz (natl.): Der Reichstag ist zuständig, da es sich um ein Reichsgesetz handelt; aber nicht jeder Einzelfall sollte hier besprochen werden. Nur prinzipielle Entscheidungen sind hier zu beschließen. Wir müssen die Entscheidung der Gerichte abwarten.

Abg. Freiherr v. Richthofen (kons.): Wir fürchten uns vor der Behandlung solcher Fragen nicht; wir haben ein gutes Gewissen. Es kam zu Unrecht, was die Haltung der Polizei rechtfertigt (Frankfurt, Aemünster usw.). Wenn die heutigen Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und Revolution nicht ausreichen, dann müssen neue Mittel gegeben werden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Freis. Volksp.): Wir haben die Zeiten geändert! Heute legt Freiherr v. Hertling das Verbotsgesetz so reaktionär aus, wie sonst niemand; aber wie waren die Wenden Größers bei der Schaffung des Gesetzes? „Karl, wie hast du dich verändert.“ (Heiterkeit.) Die Konserativen haben Angst. (Heiterkeit.) Es handelt sich um ein preussisches System. Die Maßnahmen der Polizei müssen das Unbehagen aller Kreise erregen; denn unser Volk ist mündig. (Beifall.)

Abg. v. Dietzen (Reichsp.): Die Interpellation hätte in umgekehrter Weise gestellt werden müssen; das Bürgertum muß sich beschweren. Diese Unverschämtheit der sozialdemokratischen Partei hat mich überrascht. (Vizepräsident Dr. Spahn rät den Ausbruch „Unverschämtheit“.) Dann sage ich Unbehagenheit. (Heiterkeit!) Man könnte im Zweifel sein, ob diese Frage beantwortet werden soll; wir hätten Nichtbeantwortung lieber gesehen. Die Sozialdemokratie trägt den Terror auf die Straße.

Nach kurzen Erklärungen der Abgeordneten G a r t n e r (Vole), F e r b e r m a n n v. S o n n e n b e r g (W. Ver.) und W e r n e r (Antif.) meint Abg. D e i n e (Soz.), daß gerade dieser Fall zu einer Interpellation sich eigne. Die ganze Welt lacht über uns. Der Reichstag hat zu sprechen und nach ihm hat das Gericht sich zu richten. Der Reichskanzler hat liberal schillende Versprechungen gegeben und heute?

Die Besprechung ist erledigt. Es folgt der Antrag G e d, die Strafverfolgung gegen ihn freizugeben. Die Kommission beantragt Ablehnung des Schlusses; G e d beantragt, die Genehmigung zu erteilen, da es sich um einen politischen Zweck handle (Senats-Ged in Sachen der Wadensaltsgeschichte). Der Antrag G e d wird angenommen.

Es wird der Postetat weiterberaten. Eine Reihe von Artikel wird nach kurzer Debatte angenommen. Eine Reihe von Lokalwünschen und Beamtenwünschen wird vorgelesen von den Abgeordneten v. C a r l s e n s (Freis. Volksp.), G i c k h o f f (Freis. Volksp.), D a m e r e (Zentr.), B e h r e n s (W. Ver.) und W a s s e r m a n n (natl.). Der Rest des Postetats wird ohne größere Debatte angenommen. Die Ostmarkenzulage wird mit 108 gegen 94 Stimmen abgelehnt; aber das Haus ist beschlußunfähig. Es findet eine neue Sitzung statt in einer Viertelstunde. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr: Kleinere Staats. Schluß 1/8 Uhr.

Politische Rundschau.

Dresden, den 12. März 1910.

— Prinz und Prinzessin G i t t e l F r i e d r i c h schiffen sich in Neapel am 11. d. M. auf dem Dampfer Prinz Heinrich des Norddeutschen Lloyd nach Alexandria ein.

— Die Schiffsabgaben und die Schweiz. Die von Preußen geplanten Schiffsabgaben haben auch in der Schweiz einiges Unbehagen verursacht. Man befürchtet, daß sie die erst in den Anfängen stehende Schifffahrt auf dem Oberrhein wieder vernichten werden. Bis jetzt konnte die Schifffahrt Straßburg—Basel noch nicht auf eigenen Füßen stehen; sie bedarf noch immer der staatlichen Subvention von Basel und der Schweiz. Kommen Schiffsabgaben hinzu, dann dürfte der Güterverkehr wieder ernstlich stocken; denn eine Renzite der Rheinschifffahrt wäre in absehbarer Zeit kaum zu erwarten. Die Schiffarmachung des Rheins bis zum Bodensee würde man hier zwar sehr begrüßen; aber von ihren läßlichen Begleiterscheinungen möchte man gerne verschont bleiben. Doch gegen Schiffsabgaben auf dem Rhein eine Protestbewegung einzuleiten, ist nicht beabsichtigt; dagegen gedenkt man in maßgebenden schweizerischen Kreisen sich dem Protest Oesterreichs anzuschließen.

— Die Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei hat am Mittwochabend auf Grund der von einem Ausschuss vorgeschlagenen Vereinbarungen über ein Fraktionsstatut die endgültige Konstituierung vorgenommen. Der Fraktionsvorsitzende besteht aus sieben Mitgliedern. Vorsitzender ist Abg. Dr. Wiener, Stellvertreter die Abgeordneten K o e m p f, Dr. Müller-Reinigen, v. P a y e r und S c h r a d e r. Zu Beisitzern wurden berufen die Abg. D o v e und Dr. W u g d a n. Der letztere übernimmt zugleich die Führung der Kassen und sonstiger interner Fraktionsgeschäfte. Die bisherigen Hospitanten K o l b o r n, G r a f V o l h m e r, E n d e r s und Dr. F e d t s c h e r sind, wie schon gemeldet, der Fraktion beigetreten.

— Die preussische Landtagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei hat sich am Donnerstag konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden den Abg. F i s c h e r, zum Stellvertreter den Abg. Dr. B a d e n i c h e gewählt. Alles übrige ist der endgültigen Regelung durch das Fraktionsstatut vorbehalten worden, das baldigst ausgearbeitet werden soll.

— Das preussische Abgeordnetenhaus begann am Freitag die 2. Lesung der Wahlrechtsvorlage. Wie vorauszu sehen war, sind in allen Teilen die Kommissionsanträge angenommen, soweit geheime und direkte Wahl zur Beratung stand. Die Debatten hatten wenig Fesselndes und bei der Abstimmung ging es recht leibhaftig durcheinander. Das Bemerkenswerteste der Sitzung ist: der Ministerpräsident und zwei Minister saßen die ganze Sitzung da und sprachen kein Wort. Soll daraus geschlossen werden, daß die Minister selbst damit rechnen, daß diese Beschlüsse nicht Gesetz werden? Die Minister sehen also ihre Hoffnung auf das Herrenhaus.

— Die Reichsversicherungsordnung. Der soeben vom Bundesrat verabschiedete Entwurf der Reichsversicherungsordnung weicht nur in Einzelheiten von dem vor Jahresfrist veröffentlichten und von den berufenen Stellen in wesentlichen, grundsätzlichen Punkten abfällig beurteilten Vorentwurf ab. So ist die von vielen Seiten erhobene Forderung, von einer Häufung der Beiträge und der Zusammenfassung des Vorstandes der Krankenkassen abzugehen, und es bei der bisherigen Verteilung (zwei Drittel Arbeitnehmer und ein Drittel Arbeitgeber) zu belassen, vom Bundesrat nicht berücksichtigt worden. Fast ganz unverändert ist der Abschnitt über die Hinterbliebenenversicherung. Es bleibt also dabei, daß diese an die Invalidenversicherung angegliedert werden soll. Das Reich zahlt Zuschüsse von 50 Mark zu jeder Invaliden, Alters-, Witwen- und W i t t w e n r e n t e, 50 Mark zu jedem Witwengeld, 25 Mark jährlich zu jeder Witwenrente und 10% Mark zu jeder Witwenrente. Die Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber werden nicht geändert, sondern mit den Beiträgen für die Invaliden- und Altersversicherung erhoben, die dadurch eine Erhöhung von durchschnittlich 25 Prozent erfahren werden. Nebenbei bemerkt, kann man eigentlich nicht von einer Witwenrente, sondern von einer Witweninvalidenrente sprechen, da die erwerbsfähige Witwe nach dem Entwurfe nicht erhalten soll. Beibehalten aus dem Vorentwurfe ist auch eine allen Versicherungszweigen und allen Versicherungsträgern gemeinsame Organisation, nämlich: Versicherungsamt, Oberversicherungsamt und Reichsversicherungsamt. Das Versicherungsamt soll für die Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung den gemeinsamen Unterbau bilden und gleichzeitig für die Krankenversicherung als Aufsichtsinanz dienen. Ferner stellt es das Bindeglied zwischen allen Versicherungszweigen her und erfüllt die mannigfachen Aufgaben, die gegenwärtig einer ganzen Reihe von Behörden, den Gemeinde-, den unteren und oberen Verwaltungsbehörden u. a. obliegen. Versicherungsämter und Oberversicherungsämter sollen auch als Schiedsorgane bei Streitigkeiten zwischen Kerkeln und Kassen oder Apotheken und Kassen fungieren. Man rechnet mit der Errichtung von mindestens 800 Versicherungszweigen, was auch kaum zu hoch gegriffen ist. Jedenfalls wird also diese Organisation ganz gewaltige Mehrkosten verursachen. Hinsichtlich der Krankenversicherung bleibt es bei der Erweiterung des Kreises der Versicherungspflichtigen, der in Zukunft alle gegen die Invalidität versicherten Personen, also insbesondere auch die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, die im Handergewerbe und in der Industrie, sowie die nicht ständig beschäftigten Arbeiter und das Gesinde umfassen soll. Einbezogen sollen auch die nicht über 2000 Mark Jahresgage beziehenden Bühnen- und Orchestermitglieder werden, ohne

Rücksicht auf den Kunstwert ihrer Leistungen. Was die Organisation der Krankenversicherung betrifft, zwar die Gemeindefrankenversicherung beseitigen, dagegen die Betriebs- und Innungskrankenkassen beibehalten. Der Entwurf wird wohl erst nach Ostern in Beratung genommen werden.

— Die erste Niederlage der neuen Partei. Bei der preussischen Landtagswahl in Halle-Serford ist am Dienstag der bündlerisch-nationalliberale Kandidat W e p e r zu Zerrendorf mit 526 Stimmen gewählt worden. Der freisinnige Kandidat Kiel erhielt 417, der christlichsoziale Kandidat Lindemann 66 Stimmen. Bei den allgemeinen Wahlen war der Kandidat der freisinnigen Volkspartei Lorenz mit 597 gegen 447 konservativ-christlichsoziale Stimmen gewählt worden, die auf den Vig. W u m m fielen. Damals hatten die Sozialdemokraten, um die Kandidatur W u m m zu Falle zu bringen, sofort mit den Nationalliberalen und Freisinnigen für Lorenz gestimmt. Diesmal stellten die Nationalliberalen unter Bruch des im Jahre 1908 abgeschlossenen Kompromisses ihrerseits einen Kandidaten, den Bündler W e p e r zu Zerrendorf auf, für den zu stimmen auch die Konservativen beschloßen. Die „Freis. Zeitg.“ bemerkt in ihrem Schmerze ob dieses Wahltagsgeschehen: „Das Verhalten der Nationalliberalen in Halle-Serford hat weit über den Wahlkreis hinaus und nicht nur bei den Freisinnigen das peinlichste Aufsehen erregt.“

— Bei der preussischen Landtagswahl im Kreise Guben-Soran Forst für den verstorbenen nationalliberalen Abgeordneten Albert König-Guben wurde Stadtrat O s w a l d S c h m i d t - F o r s t (natl.) mit 323 gegen Rittergutsbesitzer S c h o e n - B r e s l a u (kons.) mit 299 Stimmen gewählt. Die sozialdemokratischen Wahlmänner enthielten sich der Abstimmung.

— Die Adelsstrebererei in Preußen ist eine der unerfreulichsten Erscheinungen der Gegenwart. Es ist nicht übertrieben, wenn behauptet wird, daß in Preußen beim Träger der Krone alljährlich ungefähr mindestens 1000 Robittlerungsbittegesuche einlaufen, also täglich ungefähr je drei. Davon finden durchschnittlich alljährlich ungefähr 10—12, meist auch erst nach mancherlei Schwierigkeiten, ihre Bewilligung, also im Durchschnitt etwa 1 Prozent. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß sich der Landesherz und seine Ratgeber wohl nicht selten Gesuchstellern gegenüber befinden, denen eine solche Bitte schwer abgelehnt werden kann, wenn man auch sonst wohl nicht daran gedacht hätte, dem Betreffenden den Adel zu verleihen.

— Ueber den Katholizismus sprach Dr. D e r t e l, der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“ und einer der Führer des Bundes der Landwirte, in einer Versammlung am Sonntag in Plauen offene und objektive Worte. Die „Neue Bogtändische Zeitung“ (Nr. 54 vom 8. März) meldet hierüber:

„Das Christentum ist gespalten in Konfessionen. Wir bedauern diese Spaltung. Aber sie ist geschichtlich geworden. Deshalb, wissen wir nicht. Vielleicht erfahren wir, was der Herr gewollt hat, als er das Christentum sich spalten ließ. Vielleicht hat er uns sagen wollen: Nun beweist, wer von beiden dem Ideal am nächsten kommt. Vielleicht werden wir auch das Rätsel nie lösen. Aber eins können wir: wir müssen dafür sorgen, daß die konfessionelle Verklüftung nicht noch schlimmer wird wie bisher. Haben wir des Einigen nicht viel mehr als des Trennenden? Wir haben vor kurzem unter dem Christbaum gefessen, Evangelische und Katholische gemeinsam. Binnen wenigen Wochen stehen wir unter dem Kreuze von Golgatha, Evangelische und Katholische gemeinsam, und wir gehen hin zum Grabe und wälzen den Stein von der Tür. Evangelische und Katholische gemeinsam. Wollen wir uns nicht verstehen? Haben wir nicht der gemeinsamen Gegner so viele, und so gefährliche? Ich erinnere Sie des Wortes Friedrich Wilhelms IV., als er der Aufführung der Oper des Juden Meyerbeer „Die Hugenotten“ beizuwohnt: „Ja, wir Evangelische und Katholische zerfleischen uns, und der Jude macht die Musik dazu.“ Wollen wir ihm doch die Posaune vom Munde nehmen! In diesem Sinne sagte und sage ich: Es fällt mir keine Perle aus meiner evangelischen Krone, wenn ich auf meinen Wanderungen in katholischen Landen den Hut ziehe vor dem Bilde des Gekreuzigten. Ich habe weiter gesagt: Es fällt mir keine Perle aus meiner Krone, wenn ich auch vor dem Fronleichnamszug mein Haupt entblöße. Das ist nur ein Beweis der Achtung. Wer sagt uns denn, daß wir den richtigen Glauben haben? Wir beschimpfen die katholische Kirche, weil sie sich die alleinseigmachende nennt. Wir wissen nicht, wer recht hat. Das Christentum ist zwar die einzige Religion, die wir anerkennen, aber wir wissen nicht, ob nicht die Katholiken in gewissen Dingen recht haben. Vor den Juden und Mohammedanern heißt es, den Hut ab! Wer aber nicht jeden Tag einen Katholiken zum Frühstück verzehrt, der ist kein richtiger Protestant. Ich ringe danach, ein evangelischer Christ zu sein, aber ich werde trotzdem zum konfessionellen Frieden reden.“

Es ist gewagt, in Sachen eine solche ehrliche Befinnung zur Schau zu tragen. Dr. Dertel weiß als geborener Sachse, wie ungern die im Volke sorgfältig gepflegte Abneigung gegen die katholische Kirche solche Worte hört. Alle Hochachtung vor einem Manne, der trotzdem zum konfessionellen Frieden mahnt. Allerdings werden die Schürer und Geher Dr. Dertel dafür beschimpfen. Es mag für ihn das Bewußtsein eine Entschädigung sein, daß er dem Vaterlande durch Aufklärung einen großen Dienst erweist.

Oesterreich-Ungarn.

— Das Leichenbegängnis Dr. Luegers wird auf Kosten der Gemeinde Wien veranstaltet werden und Montag 11 1/2 Uhr vormittags stattfinden. Wie es in der „Neuen Freien Presse“ heißt, wird der Kaiser an dem Leichenbegängnis teilnehmen, ebenso sämtliche in Wien wohnenden Erzherzöge, das gesamte Ministerium, das diplomatische Korps, der größte Teil der Reichsrats- und Landtagsabgeordneten, Gemeinderäte und Stadträte.

— Ueber die Befehung des Bürgermeisterpostens soll während der sechswöchigen Trauer, die im Rathaus gehalten werden wird, nicht gesprochen werden, doch wird, da Handelsminister Dr. W e i s t r a n e r endgültig abgelehnt hat, wahrscheinlich der Abgeordnete Dr. G e h m a n n, der treueste und älteste Freund Luegers, Bürgermeister werden.